

## Mitgliederzeitung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Nr. 01-02- Jahrgang 67

Ausgabe Januar-Februar 2026

### Einkommensrunde der Länder

**DSTG demonstriert  
anlässlich der Finanz-  
ministerkonferenz  
vor dem Bundesrat in  
Berlin**



**Wilde Kängurus  
belagern Finanz-  
ministerium**



**Fragen an die  
Parteien vor der  
anstehenden  
Landtagswahl**

**DSTG**

**Landesverband  
Rheinland-Pfalz**

**Veranstaltungen  
der  
Ortsverbände**

# DSTG Rheinland-Pfalz bei Facebook

Als moderne Gewerkschaft sind wir auch im Online-Netzwerk Facebook vertreten. Um Sie noch schneller über aktuelle Ereignisse informieren zu können, freuen wir uns über jeden, der „DSTG Rheinland-Pfalz - Gefällt mir“ anklickt!



<http://www.facebook.com/DSTG.rlp>

## Impressum

**Herausgeber:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.  
Luxemburger Str. 3  
67657 Kaiserslautern  
Telefon (0631) 3 60 92 88  
E-Mail: [info@dstg-rlp.de](mailto:info@dstg-rlp.de)  
[www.dstg-rlp.de](http://www.dstg-rlp.de)

**V.i.S.d.P.:** Stefan Bayer, Landesvorsitzender  
Friedhofstr. 11  
67677 Enkenbach-Alsenborn  
E-Mail: [stefan-bayer@dstg-rlp.de](mailto:stefan-bayer@dstg-rlp.de)

**Satz und Layout:** Markus Stock  
Am Hain 15, 65558 Balduinstein  
E-Mail: [markus-stock@dstg-rlp.de](mailto:markus-stock@dstg-rlp.de)

**Druck:** Saxoprint GmbH  
Enderstr. 92c, 01277 Dresden

**Auflage:** 5.000 Exemplare

Erscheinungsweise 10x jährlich, Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.  
Bilder soweit nicht anders angegeben DSTG Rheinland-Pfalz.  
Nachdruck unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars ist gestattet.

ONLINE GEDRUCKT VON

**SAXOPRINT**

## Inhalt

|                                                                                    |    |
|------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Einkommensrunde der Länder -<br>Wilde Kängurus belagern Finanzministerium          | 4  |
| Fragen an die Parteien vor der Wahl                                                | 6  |
| DSTG-Landesvorstand tagt in Pirmasens                                              | 20 |
| Verwaltungsgericht Neustadt stärkt<br>Bildungsfreistellung                         | 22 |
| Mitgliederversammlung des DSTG<br>OV Kaiserslautern                                | 24 |
| Glühweinaktion des OV Bad Kreuznach                                                | 25 |
| OV Kaiserslautern besucht den<br>Weihnachtsmarkt                                   | 27 |
| Einkommensrunde der Länder -<br>Mahnwache vor dem Bundesrat                        | 29 |
| Fortbildung - Vor dem Ruhestand,<br>nach dem Job - in der Sportschule<br>Oberwerth | 30 |
| Rätsel                                                                             | 31 |

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder,

zu Beginn des neuen Jahres möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen meine besten Wünsche zu übermitteln. Insbesondere wünsche ich Ihnen Gesundheit, Glück sowie Zufriedenheit für 2026. Zurückblickend auf das Jahr 2025 ist festzuhalten, dass wir wiederum vor großen Aufgaben standen. Die personelle Situation der Finanzverwaltung wiegt nach wie vor schwer. Die Arbeitsbelastung in den Finanzämtern ist hoch. Zur Entlastung erreichte die DSTG zu Beginn des Jahres eine Einschränkung der Telefonzeiten. Ein stattlicher Erfolg nach langanhaltenden Gesprächen und Diskussionen.

Neue Ideen, um mehr Bewerbungen zu bekommen, also die Finanzverwaltung attraktiv darzustellen, greifen nur eingeschränkt, da nicht genug Mittel bereitgestellt werden, um mehr gestalten zu können. So schleppen wir uns in Unterzahl durch die Zeit. Als Trost hören wir, dass vielerorts die gleichen Probleme herrschen, wir vergleichsweise gut aufgestellt sind und noch souverän unsere Aufgaben erledigen. Weniger Bewerber und gleichzeitig immer noch zu viele Abwanderungen lassen für die DSTG nur eine Reaktion zu: Die Attraktivität unseres Berufs muss verbessert werden. Dazu muss investiert werden. Die der Erhöhung des Standards und bessere berufliche Perspektiven müssen von der Politik weiter gefordert werden. Dafür steht die DSTG!

Am 14. Mai letzten Jahres fanden Personalratswahlen statt. Diese verliefen für die DSTG wie in den Vorjahren erfolgreich, sowohl in den örtlichen Personalräten als auch in der Stufenvertretung. Im Bezirkspersonalrat wurden wieder 15 von 17 Plätzen besetzt. Eine höhere Wahlbeteiligung wäre bei zukünftigen Wahlen erfreulich. In Sachen Personalratsaus und -fortbildung zeigte die DSTG ihr Potential. 100 neugewählte Personalratsmitglieder wurden in mehreren Grundschulungen für die Personalratsarbeit unterrichtet und fit gemacht.

Wichtig war die konstituierende Sitzung der DSTG-Ruhestandsvertretung im April. Jetzt verfügen wir über eine weitere Querschnittsorganisation im Landesverband. Diese kümmert sich um die Belange der großen Mitgliedergruppe, die sich im Ruhestand befindet.

Mit 509 Beförderungen wurde bei einer Erhöhung des Budgets die konsequent gute Beförderungspraxis beibehalten. Vorangegangen waren



die Schaffung von Haushaltsstellen A12 und A9Z. Auf allen Kö- und OHG-Stellen wurde eine A9Z-Mitarbeiterstelle realisiert. Eine gute Perspektive für das 2. Einstiegsamt. Laut Ministerium soll es 2026 mit den ADV-Stellen weitergehen! Im Sommer begannen wir mit der Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit. In Zusammenarbeit mit der Universitätsmedizin Mainz erhielten wir Ende November die Ergebnisse. In einem „Terminmarathon“ besprachen wir die Ergebnisse mit der Ministerin, Präsident Filtzinger und den politischen Fraktionen CDU, SPD und FDP. Die Umfrage bestätigt unsere Forderungen, zeigt aber außerdem, dass die Wertschätzung für die Arbeit zu gering ist.

Was erwartet uns 2026? Die am 03.12.2025 begonnenen Tarifverhandlungen uns zu Beginn des Jahres beschäftigen. Ein ordentlicher Abschluss muss her! Weiterhin findet am 22.03.2026 die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz statt. Das Ergebnis wird natürlich auch sehr spannend sein und hat direkte Auswirkungen auf unsere politische Arbeit. Im Anschluss an die Wahlen werden wir die politischen Gespräche fortführen bzw. wieder aufnehmen. Im Zusammenhang mit den Wahlen verweise ich auf die Wahlprüfsteine in dieser Ausgabe.

Gehen wir gemeinsam die Herausforderungen des neuen Jahres an!

Ihr

Stefan Bayer

# Einkommensrunde der Länder - Wilde Kängurus belagern Finanzministerium

Passanten staunten am 13. Januar 2026 im Regierungsviertel, denn was machen wild gewordene Kängurus in Mainz vor dem Finanzministerium?

Über entlaufene Tiere gab es keine Meldung.

Die Erklärung für die Begebenheit ist, dass diese Exemplare zu einer besonderen Unterart des roten Riesenkängurus, wissenschaftlich „*Osphranter rufus*“ gehören, nämlich das Geld fordernde rote Riesenkänguru „*Osphranter rufus pecuniam quaerens*“, das insbesondere in Gefilden der

Deutschen Steuer-Gewerkschaft vorkommt. Vor Beginn der zweiten Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder wollen die Beuteltiere der Tarifforderung „7 Prozent mehr Einkommen, mindestens 300 Euro“ des dbb – beamtenbund und tarifunion Nachdruck verleihen mit dem Slogan

**„Mehr im Beutel – jetzt!“**

Aufgrund der Teuerung muss beim Entgelt eine deutliche Anpassung seitens der Arbeitgeber für den öffentlichen Dienst der Länder erfolgen!





# Fragen an die Parteien vor der Wahl

Zur Vorbereitung auf die am 22.03.2026 stattfindenden Landtagswahlen haben wir folgenden Parteien in Rheinland-Pfalz unsere Wahlprüfsteine übermittelt: SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, FDP, AFD und DIE LINKE. Von den FREIEN WÄHLERN und der AFD hatten wir bis zum Redaktionsschluss keine Antwort erhalten.

## 1. Zukunft der Finanzverwaltung

### 1.1 Wie beurteilt Ihre Partei die Bedeutung einer starken, gut ausgestatteten Finanzverwaltung für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben in Rheinland-Pfalz?



Für uns als CDU steht fest: Ohne eine starke und gut ausgestattete Finanzverwaltung ist eine verlässliche Finanzierung öffentlicher Aufgaben in Rheinland-Pfalz nicht möglich. Die Finanzverwaltung sorgt

dafür, dass Steuern rechtssicher erhoben, zügig festgesetzt und konsequent vollstreckt werden. Nur wenn diese Strukturen funktionieren, stehen dem Land, den Kommunen und somit auch Schulen, Polizei, Infrastruktur, Krankenhäusern und kulturellen Einrichtungen die erforderlichen Mittel zur Verfügung. In Zeiten angespannter Haushalte, steigender Zinsen und wachsender Investitionsbedarfe ist eine leistungsfähige Finanzverwaltung ein wichtiger Stabilitätsanker. Wir sehen es deshalb kritisch, wenn die Finanzverwaltung über Jahre hinweg personell „auf Kante genäht“ wird, der Investitionsstau wächst und die Digitalisierung nur schleppend vorankommt. Hier muss das Land gezielt investieren: in Personal, moderne IT und gut ausgestattete Finanzämter.



Die Mitarbeitenden in der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung sorgen in ganz erheblicher Weise dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert und dass es gerecht und

zukunftsfähig bleibt. Eine starke, bestmöglich ausgestattete Finanzverwaltung ist demnach aus Sicht der SPD unerlässlich, um öffentliche

Aufgaben finanzieren und unser Gemeinwesen in diesem Sinne sichern zu können.



Eine leistungsfähige, gut ausgestattete Finanzverwaltung ist eine zentrale Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Landes Rheinland-Pfalz. Sie sichert die Einnahmen

des Landes, gewährleistet Steuergerechtigkeit und ermöglicht die Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Als GRÜNE setzen wir uns deshalb klar für eine starke Finanzverwaltung ein, die personell, technisch und organisatorisch gut aufgestellt ist.



Eine leistungsfähige, gut ausgestattete Finanzverwaltung ist für uns Freie Demokraten eine tragende Säule des handlungsfähigen Staates. Sie sichert Steuergerechtigkeit, finanziert

öffentliche Aufgaben und gewährleistet Vertrauen in staatliches Handeln. Die Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung leisten hierzu tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag. Dieses Engagement verdient Anerkennung, verlässliche Rahmenbedingungen und eine moderne Ausstattung.



Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung und konsequentere Umsetzung der Erbschaftssteuer sowie die konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung.

Dies ist ohne eine starke Finanzverwaltung, auch in RLP, nicht umsetzbar. Eine personelle, sowie materiell gute Ausstattung der Finanzverwaltung ist für uns daher alternativlos.

### 1.2 Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Finanzverwaltung auch in Zukunft effizient und bürgernah arbeiten kann?



Damit die Finanzverwaltung auch künftig effizient und bürgernah arbeiten kann, braucht es in erster Linie ausreichend Personal, moderne Strukturen und gelebte Digitalisierung.

Deshalb setzt sich die CDU für die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten sowie für eine vorausschauende Personalplanung ein. Das bedeutet: attraktive Ausbildungsplätze, gute Arbeitsbedingungen, ansprechende Karriere- und Fortbildungsangebote, flexible Arbeitsmodelle und mehr Wertschätzung.

Wir wollen die Finanzämter und die Landesbetriebe organisatorisch stärken.

Doppelstrukturen müssen abgebaut, Abläufe standardisiert und Zuständigkeiten klar geregelt werden. Dazu gehört eine bessere Verzahnung von Finanzverwaltung, Landesbetrieben und Kommunen.

Und nicht zuletzt braucht Rheinland-Pfalz eine durchdachte Digitalisierungsoffensive – etwa nutzerfreundliche Online-Portale und einfache, barrierearme Kommunikationswege für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Unternehmen. Denn eine moderne Finanzverwaltung kommt allen zugute – Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen.



Es ist uns als SPD ein zentrales Anliegen, die Steuer- und Finanzverwaltung weiter zu stärken. Wir wollen die Verwaltung modernisieren, die Digitalisierung weiter vorantreiben und so die Finanzverwaltung bürgernah und effizient halten. Die Finanzverwaltung soll sowohl für Interessierte als auch für Beschäftigte attraktiv sein und bleiben. Konkrete Maßnahmen sind in den nachfolgenden Punkten näher beschrieben.



Um Effizienz und Bürgernähe auch künftig zu sichern, wollen wir die Digitalisierung der Finanzverwaltung konsequent weiterentwickeln. Moderne und auf föderaler Ebene harmonisierte IT Verfahren, digitale Services für Bürger\*innen und Unternehmen müssen mit Ausbildung, Qualifizierung und guter Personalausstattung einhergehen. Ziel ist eine gut aufgestellte Steuerverwaltung, die Bürger:innen entlastet, transparent arbeitet und sich auf komplexe Fälle fokussieren kann.

Wir setzen auf eine leistungsfähige IT, konsequente Digitalisierung und den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz, um Abläufe zu ver-

einfachen und Beschäftigte zu entlasten. Servicecenter wollen wir als wichtiges Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern erhalten. Eine gute personelle Ausstattung muss dabei dauerhaft über den Stellenplan im Landeshaushalt abgesichert werden.



Zusammen mit den Personalräten sollte frühzeitig geklärt werden, wie KI zu Arbeitserleichterungen und schlankeren Prozessen führen kann, ohne dabei negative Auswirkungen auf die Beschäftigten mit sich zu bringen.

Die risikoorientierte Fallbearbeitung (RMS) soll weiter ausgebaut werden, damit die Beschäftigten sich auf die wirklich bedeutenden Fälle konzentrieren können. Dies muss sich auch in der Gesetzgebung niederschlagen: Das Steuerrecht muss „digitalfähig“ werden, damit einfache Fälle in größerem Umfang vollautomatisch bearbeitet werden können und durch höhere Freibeträge (z.B.: Grundfreibetrag auf 18.600 € erhöhen) wollen wir Bagatellfälle von der Steuerpflicht befreien und so auch die Steuerverwaltung entlasten. Um die Bürger\*innennähe zu gewährleisten, müssen die Verwaltungen in der Fläche vertreten und zu bürger\*innenorientierten Zeiten und Wegen erreichbar sein. Eine bessere Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungen und eine bessere bundesweite (und zunehmend auch europäische/internationale) Vernetzung der Steuerbehörden sind zudem unerlässlich für den effektiven Vollzug des Steuerrechts sowie für den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche.

**1.3 Welche konkreten Maßnahmen auf Landesebene sieht ihre Partei als geeignet an, um die Arbeit des LBB zu erleichtern, Vergaben zu vereinfachen und die Gelder der Sondervermögen zielgerecht zu verbauen?**



Den LBB sehen wir als zentralen Partner, wenn es darum geht, Bau- und Sanierungsprojekte des Landes umzusetzen. Unser Anliegen ist es daher, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass

der LBB seine Aufgaben effizient wahrnehmen kann.

Auf Landesebene sehen wir dazu insbesondere folgende Ansatzpunkte:

- Bessere Steuerung und klare Prioritäten – in-



dem das Land Vorhaben stärker bündelt, realistische Projektlisten vorlegt und dringende Maßnahmen klar priorisiert.

- Vergabeverfahren vereinfachen und standardisieren – indem einheitliche, praxistaugliche Standardunterlagen und Musterverträge genutzt und Maßnahmen sinnvoll zusammengefasst werden, sodass Vergaben zügiger und handhabbarer werden, ohne das Vergaberecht auszuhöhlen. Hierbei ermöglichen wir auch die Vergabe an Generalunternehmen und setzen auf die gezielte Arbeit mit regionalen Unternehmen. Im Einzelfall ist auch die Abwicklung als Projekt öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) zu prüfen.
- Alternative Umsetzung von Bau- und Sanierungsvorhaben prüfen – indem der LBB dort, wo es fachlich sinnvoll ist, verstärkt externe Planungs- und Baupartner einbindet, um vorübergehende Arbeitsspitzen besser zu bewältigen und Projekte zügig voranzubringen.

Unser Ziel ist, dass der LBB seine Rolle als leistungsfähiger Dienstleister des Landes voll ausfüllen kann: mit klaren politischen Vorgaben, praktikablen Verfahren und Strukturen, die es ermöglichen, die bereitgestellten Gelder verlässlich und zügig in Bau- und Sanierungsprojekte umzusetzen.



Wir begrüßen es als SPD sehr, dass die Umsetzung des Sondervermögens in Rheinland-Pfalz eng einhergeht mit weiteren Maßnahmen zur Entbürokratisierung und zur Verfahrensvereinfachung. So wurde bereits 2024 mit einer sehr umfassenden Bürokratieabbau-Offensive begonnen, die nach und nach umgesetzt wurde und wird. Hierzu zählen auch Regelungen, die für mehr Freiraum und weniger Bürokratie im Vergaberecht sorgen. Davon profitieren Unternehmen, Land und Kommunen bei ihren Investitionen. Auch die jüngst erfolgte Novellierung der Landesbauordnung sorgt für einfachere und schnellere Verfahren. Der aktuell im parlamentarischen Verfahren befindliche Gesetzentwurf der SPD-geführten Landesregierung für ein Landesgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“ sieht zudem ein Mindestinvestitionsvolumen von 250.000 Euro je Maßnahme im kommunalen Bereich sowie in den überwiegenden Förderbereichen des Lan-

des vor. Zudem erhalten die Kommunen in der kommunalen Förderlinie größtmögliche Handlungsfreiheit. Diesen Weg wollen wir als SPD zielstrebig weitergehen.



zu beschleunigen und Ressourcen effizient einzusetzen. Es werden dafür vereinfachte, standardisierte und digitalisierte Vergabeverfahren eingeführt, insbesondere bei wiederkehrenden Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Ziel ist es, die Mittel aus Sondervermögen zielgerichtet und zügig zu verbauen, ohne dabei Qualität, Nachhaltigkeit oder Rechtssicherheit zu gefährden. Soziale und ökologische Kriterien bleiben für uns auch bei vereinfachten Verfahren verbindlicher Bestandteil öffentlicher Vergaben.



Bürokratieabbau verstehen wir als Daueraufgabe. Dazu gehören praxistaugliche Vergaberegeln mit angemessen angepassten Schwellenwerten sowie die Möglichkeit, externe Leistungen dort zuzukaufen, wo dies wirtschaftlich und sinnvoll ist. Ziel ist es, Verfahren zu beschleunigen und Ressourcen effizient einzusetzen.



Unser Ziel ist es, den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) zu einer selbstständig planenden Behörde auszubauen. Zusätzlich wollen wir einen landeseigenen Bauhof einrichten, der mit eigenem Personal und auf eigene Rechnung Bauprojekte des Landes umsetzen kann. Für die effiziente Ausführung der Arbeit bedarf es sowohl von Seiten des Finanz sowie des Bauministeriums eine Verschlinkung von Entscheidungswegen, ohne dabei nötige Vorgaben, z.B. in Bezug auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit, Tariftreue, sicherheitsrelevanten Vorschriften etc., auszuhöhlen. Wichtig ist uns zudem, dass klare demokratische Regeln für Landesgesellschaften und Sondervermögen gelten auch das trägt zur zielgerechten Verwendung bei. Wir als Die Linke favorisiert dabei eine Priorisierung von Liegenschaften im Bildungssektor, z.B. Universitäten.

## 2. Personalpolitik und Nachwuchsgewinnung

### 2.1 Welche Strategien verfolgt Ihre Partei, um den zunehmenden Fachkräftemangel in der Finanzverwaltung zu bekämpfen? Welche konkreten Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität planen Sie umzusetzen?



Wir als CDU sehen den Fachkräftemangel in der Finanzverwaltung als echte Gefährdung für die Handlungsfähigkeit des Staates, und nicht als bloßes „Verwaltungsproblem“. Dem müssen wir uns stellen, und

zwar mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen:

- **Fachkräfteoffensive für den öffentlichen Dienst** – mit attraktiven Ausbildungs- und Studienplätzen, gezielten Angeboten für Quereinsteiger, einer modernen Nachwuchskampagne sowie guten Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für die bereits vorhandenen Beamtinnen und Beamten. Die Arbeit in der Finanzverwaltung soll Perspektiven eröffnen und nicht den Eindruck einer beruflichen Sackgasse vermitteln.
- **Personalpolitik wird zur Chefsache** – wir richten eine Stabstelle in der Staatskanzlei ein, die sich ressortübergreifend um die Gewinnung, Entwicklung und Bindung von Fachkräften kümmert
- **Besoldung und Laufbahnen verbessern und eine Kultur der Anerkennung fördern** – Einstiegsämter und Beförderungsmöglichkeiten werden nachjustiert, die Kostendämpfungspauschale abgeschafft, Leistung und Verantwortung angemessen vergütet und klare Entwicklungsperspektiven geschaffen; dazu gehört für uns auch eine Kultur, in der gute Arbeit sichtbar gewürdigt wird.
- **Bessere und flexiblere Rahmenbedingungen** – durch flexible Arbeitszeitmodelle, mobile Arbeit und eine zeitgemäße Führungskultur.
- **Vereinfachung der Aufgaben und „Entbürokratisierung nach innen“** – durch einfachere Verfahren, den Abbau von Doppelstrukturen und eine Digitalisierung, die Routinetätigkeiten automatisiert und Abläufe strafft, statt zusätzliche Belastungen zu erzeugen.

Kurz gesagt: Wer eine funktionierende Verwaltung will, muss in seine Beschäftigten investieren und attraktive Arbeitsbedingungen bieten.



Zu unterscheiden sind hier zum einen Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Dienstes insgesamt, zum anderen Maßnahmen zur Stärkung der Finanzverwaltung

im Speziellen. Für beides setzen wir uns als SPD mit Nachdruck ein – aus den eingangs genannten Gründen. Wir sind sehr froh, dass das Land den öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren mit einer Vielzahl wichtiger Maßnahmen fortlaufend unterstützt hat. Dazu zählen starke Tarif- und Besoldungsanpassungen, eine steuerfreie Corona-Sonderzahlung sowie Inflationsausgleichszahlungen, eine höhere Wegstreckenentschädigung für Landesbedienstete, Stufenstreichungen in unterschiedlichen Besoldungsgruppen sowie eine Vielzahl von Regelungen, um neben der Ausbildung im öffentlichen Dienst auch den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber für Nachwuchskräfte attraktiver zu gestalten – jüngst beispielsweise geschehen im Rahmen der aktuellen Novellierung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes (unter anderem entfällt im Reisekosten- und Trennungsgeldrecht die Kürzung des Tagegeldes auf 70 Prozent im Rahmen der Ausbildung). Auch Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Flexibilisierung von Arbeitsort und Arbeitszeit (beispielsweise durch die Einführung von Langzeitkonten zur Erhöhung der Arbeitszeitsouveränität) dienen der Attraktivitätssteigerung. Diese Maßnahmen kommen auch der Finanzverwaltung zugute. Daneben sind auch gute Arbeitsbedingungen und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten wesentlicher Bestandteil der Personalpolitik der Finanzverwaltung. Zudem wurden für diese die Ausgaben im aktuellen Landeshaushalt 2025/2026 in bestimmten Bereichen erhöht, so zum Beispiel mit Blick auf Personalausgaben. Des Weiteren steht in der Finanzverwaltung sowohl die Nachwuchsgewinnung als auch die Ausbildung im Fokus. So werden an der Hochschule für Finanzen Rheinland-Pfalz sowie der angegliederten Landesfinanzschule u. a. die Modernisierung von Lehre und Ausbildung vorangetrieben, um die Nachwuchskräfte optimal auf die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt und ihre Tätigkeit in der

Steuerverwaltung vorzubereiten (zum Beispiel Ausstattung der Nachwuchskräfte mit Tablets). Des Weiteren steigern vielfältige Fort- und Weiterbildungsangebote die Attraktivität der Finanzverwaltung.



Der Fachkräftemangel stellt auch die Finanzverwaltung vor große Herausforderungen. Wir GRÜNE setzen daher auf konkrete Maßnahmen, um das Land als attraktive Arbeitgeberin

zu stärken. Dazu gehören eine wettbewerbsfähige Besoldung, verlässliche Karrierewege, flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle mit Optionen für mobiles Arbeiten sowie ein aktives Gesundheitsmanagement. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir zudem das Jobrad und das Jobticket eingeführt. Das sind zwei Bausteine, die Mitarbeitenden nachhaltige und kostengünstige Mobilität ermöglichen.

Wir wollen außerdem den öffentlichen Dienst stärker für Quereinsteiger\*innen öffnen. Ein wichtiger Schritt dafür ist die Einführung der pauschalen Beihilfe, die echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung schafft und damit Fairness und Wettbewerbsfähigkeit erhöht.



Ein modernes Arbeitsumfeld ist entscheidend: zeitgemäße IT-Ausstattung, flexible Arbeitsmodelle, attraktive Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie zusätzliche Angebote etwa im

Bereich Gesundheit und Prävention. Solche Maßnahmen stärken die Arbeitgeberattraktivität der Finanzverwaltung und tragen zur langfristigen Bindung von Fachkräften bei.

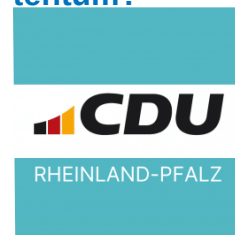


Wir als Die Linke werden weiterhin die Wichtigkeit der Finanzverwaltung, und damit auch der Tätigkeit der Beschäftigten, herausstellen. Wir sind für einen starken Sozialstaat, der durch Steuermittel

finanziert wird, hier haben die Beschäftigten der Finanzverwaltung direkten Anteil und damit eine sinnstiftende Tätigkeit. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes wollen wir unter anderem durch eine angemessene Bezahlung erhöhen. Auch durch eine bessere technische Ausstattung der Finanzämter wird die Finanzverwaltung als moderne Arbeitgeberin attraktiv

für Bewerber\*innen. Klar ist auch: Das Alimentsprinzip muss in vollem Umfang eingehalten werden: Wir wollen nicht, dass das Land seine Haushalte auf Kosten der Beamt\*innen und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst saniert. Die Schuldenbremse, die den Staat auch zu Einschnitten bei den eigenen Beschäftigten zwingt, wollen wir abschaffen. Auch gezielte Werbekampagnen für die Berufe in der Finanzverwaltung halten wir für sinnvoll.

## 2.2 Die Politik auf Bundesebene stellt die Verbeamtung verschiedener Bereiche des öffentlichen Dienstes immer wieder zur Diskussion. Wie steht Ihre Partei zum öffentlichen Dienst, insbesondere zum Berufsbeamtentum?



Die CDU steht klar zum starken öffentlichen Dienst und zum Berufsbeamtentum. Gerade in sensiblen Kernbereichen des Staates – und dazu zählt die Finanzverwaltung ganz ausdrücklich – ist das

Beamtenverhältnis für uns unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund ist es uns ein besonderes Anliegen, die Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst weiter zu verbessern und das Beamtenverhältnis dauerhaft attraktiv zu halten. Dies hat die CDU-Landtagsfraktion unter anderem mit dem Entschließungsantrag „Was Rheinland-Pfalz jetzt braucht: Bessere Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst“ im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024/25 unterstrichen, in dem konkrete Maßnahmen vorgeschlagen wurden, wie etwa die Anhebung der Besoldungsgruppen der Einstiegsämter, die Vereinheitlichung von Regelbeförderungen im gesamten Landesdienst bei zugleich verkürzten Beförderungsintervallen sowie Verbesserungen im Dienstreiserecht mit höheren Wegstreckenentschädigungen.

Kurz gesagt: Wir stehen zum Berufsbeamtentum und wir wollen, dass es in Rheinland-Pfalz konkret spürbar ist, dass der Staat seinen Beamtinnen und Beamten Wertschätzung und Vertrauen entgegenbringt. Ein starker, gut ausgestatteter und fair bezahlter öffentlicher Dienst ist Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat.



Als SPD stehen wir zu einem starken öffentlichen Dienst, der nach unserer Überzeugung auch ein starkes Berufs-

beamtentum beinhaltet. Beides ist für uns eine tragende Säule eines funktionierenden Staates – eines Staates also, der verlässlich für das Gemeinwesen sorgen und Zusammenleben organisieren kann.



Zum öffentlichen Dienst und insbesondere zum Berufsbeamtentum stehen wir klar: Ein leistungsfähiger Staat braucht engagierte, unabhängige und gut abgesicherte Beamt:innen.

Das Berufsbeamtentum bleibt für uns ein tragender Pfeiler staatlichen Handelns.



Das Berufsbeamtentum erfüllt eine wichtige Funktion bei zentralen staatlichen Aufgaben. Dazu zählt für uns ausdrücklich auch die Finanzverwaltung. Gleichzeitig gilt: Nicht in jedem

staatlichen Aufgabenbereich ist die Verbeamtung zwingend die einzig richtige Lösung. Entscheidend ist eine sachgerechte und aufgabengerechte Ausgestaltung.



Der öffentliche Dienst, inkl. das Berufsbeamtentum, sind für uns unerlässlich zur Durchführung der von uns geforderten staatlichen Maßnahmen und Aufgaben.

Besonders im Vergleich zur Privatwirtschaft muss der öffentliche Dienst weiterhin gestärkt werden. Zugleich sind wir der festen Überzeugung, dass die Einführung einer Bürgerversicherung sowie die Einbeziehung von Beamt\*innen in die gesetzliche Rentenversicherung (solidarische Erwerbstätigenversicherung) unerlässlich sind, um unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu gestalten.

In diese sollen im Übrigen auch Politiker\*innen miteinbezogen werden. In einem ersten Schritt wollen wir den Beamt\*innen mehr Flexibilität bei der Wahl der Krankenversicherung ermöglichen: Wir wollen eine echte Wahlfreiheit zwischen privater Krankenversicherung mit Beihilfe und gesetzlicher Krankenkasse mit Zahlung der Arbeitgeberbeiträge durch den Dienstherrn ermöglichen. Außerdem möchten wir das Streikrecht für Beamt\*innen.

**2.3 Wie steht Ihre Partei zur Forderung der DSTG die Eingangsbesoldung anzuheben, um die Attraktivität des Berufs zu steigern**

**und die Wertschätzung für die Arbeit zu erhöhen? Die DSTG fordert einen Start in der Besoldungsgruppe A7 im 2. EA, A10 im 3. EA und A14 im 4. EA.**



Die CDU Rheinland-Pfalz nimmt die Anliegen der DSTG zur Eingangsbesoldung sehr ernst.

Wir teilen das Ziel, die Attraktivität des Berufsbildes zu erhöhen und die Arbeit bereits

beim Einstieg besser zu honorieren. Das muss allerdings auch im Einklang mit anderen Berufsfeldern der Landesverwaltung geschehen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass sich Qualifikation und Verantwortung bereits beim Einstieg im Gehalt widerspiegeln. Dazu gehört für uns auch, die Zahl der frühen Erfahrungsstufen zu begrenzen, sodass insbesondere Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger von einem spürbar höheren Anfangsgehalt profitieren.

Seit vielen Jahren pflegen wir mit der DSTG einen regelmäßigen und konstruktiven Austausch. Diesen Dialog wollen wir auch künftig nutzen, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln, die den berechtigten Erwartungen der Beschäftigten ebenso Rechnung tragen wie der Verantwortung des Landes als Dienstherr.



Eine attraktive Besoldung ist eine wichtige Komponente, um die Tätigkeit in der Finanzverwaltung attraktiv zu halten. Vor diesem Hintergrund ist die Motivation, die hinter der For-

derung nach einer eigenen Besoldungsordnung steht, zwar nachvollziehbar, in der Praxis aber nicht ohne Probleme. Wie in Punkt 2.1 ausgeführt, wurden gerade im Bereich der Besoldung in den vergangenen Jahren bereits wichtige Schritte getan. Diese Anstrengungen wollen wir soweit wie möglich fortsetzen.



Bereits in den vergangenen Jahren wurden in Rheinland-Pfalz deutliche Schritte zur Verbesserung der Besoldungsstrukturen unternommen. So haben wir die Tarifiergebnisse

zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtenbesoldung übertragen. Darüber hinaus wurde in der letzten Legislaturperiode die jeweils erste Erfahrungsstufe in den Besoldungsgruppen A 12,

A 13, A 14 und R 1 gestrichen. Entscheidungen in diesem Bereich sind aber stets im Lichte des Gesamtlandeshaushalts zu treffen mit dem Ziel, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen und gleichzeitig haushaltspolitische Verantwortung zu übernehmen.



Die Frage wurde nicht beantwortet.



Landesverband  
Rheinland-Pfalz

Zunächst sind wir als Die Linke immer an der Seite der Gewerkschaften, weshalb wir in Bezug auf die Besoldung an die Tarifhoheit, u.a. der Gewerkschaft ver.di, verweisen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Tarifverträge an einer bestimmten Systematik festhalten, die Arbeit bzw. Tätigkeiten aufgrund fest definierter Merkmale bewerten und grundsätzlich nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ funktionieren. Wir sind also eher für eine insgesamt bessere Bezahlung im Öffentlichen Dienst, nicht aber für eine Bevorzugung bestimmter Beschäftigtengruppen zum Ziel der Attraktivitätssteigerung.

#### **2.4 Wie steht Ihre Partei zur Forderung der DSTG eine eigene Besoldungsordnung für die Finanzverwaltung zu schaffen? Hintergrund dieser Forderung sind die hohen Abgänge zu anderen Verwaltungen und in die freie Wirtschaft. Eine attraktivere Besoldung würde diese Abgänge verhindern.**

Die Abwanderung in andere Verwaltungen und in die private Wirtschaft zeigt sehr deutlich, dass bei Attraktivität und Besoldung nachgeschärft werden muss.

Angesichts dieser Entwicklung nimmt die CDU Rheinland-Pfalz die Forderung der DSTG nach einer eigenen Besoldungsordnung für die Finanzverwaltung sehr ernst. Dahinter steht ein berechtigtes Anliegen: Wer hochqualifizierte Fachkräfte gewinnen und halten will, braucht konkurrenzfähige und verlässliche Rahmenbedingungen – dazu zählt auch eine attraktive Bezahlung, die Verantwortung und Anforderungen des Dienstes angemessen abbildet.

Für uns ist entscheidend, dass die Finanzverwal-

tung im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern nicht ins Hintertreffen gerät. Unser Anspruch ist, die Besoldungsstrukturen so weiterzuentwickeln, dass sich Qualifikation und Verantwortung bereits beim Einstieg deutlich im Gehalt widerspiegeln und der öffentliche Dienst insgesamt an Attraktivität gewinnt.

Ob der Weg dorthin über eine eigene Besoldungsordnung für die Finanzverwaltung oder über eine gezielte Anpassung des bestehenden Systems führt, muss im engen Austausch sorgfältig beraten werden. Maßgeblich ist für uns, Lösungen zu finden, die die Finanzverwaltung stärken, Wechsel in andere Bereiche begrenzen und zugleich der Verantwortung des Landes als Dienstherr gerecht werden.



Die Frage wurde zusammen mit 2.3 beantwortet.



Eigene Besoldungsordnungen für einzelne Teilbereiche der Landesverwaltung sehen wir kritisch. Ein gemeinsames Besoldungssystem stärkt den solidarischen Zusammen-

halt innerhalb des öffentlichen Dienstes.



Die Forderungen der DSTG sind nachvollziehbar und Ausdruck der hohen Verantwortung in der Finanzverwaltung. Eine Anhebung der Eingangsbesoldung hätte jedoch erhebliche Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Eine separate Besoldungsordnung lehnen wir ab. Vorstellbar ist für uns hingegen eine gezielte Zulage für Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleiter in A13, um deren Führungsverantwortung angemessen abzubilden.



Landesverband  
Rheinland-Pfalz

Diese Frage ist ähnlich zu beantworten wie die vorhergehende Frage. Der öffentliche Dienst muss in der Vergütung konkurrenzfähig zur Privatwirtschaft sein und bleiben.

Eine eigene Besoldungsordnung führt allerdings zur Entsolidarisierung und

könnte wiederum zur Attraktivitätsminderung in anderen Verwaltungsbereichen führen. Letztlich verweisen wir auch hier auf die grundgesetzlich verankerte Tarifhoheit der Gewerkschaften. Anstelle einer eigenen „Besoldungsordnung Finanzverwaltung“ wollen wir vielmehr die Besoldung insgesamt erhöhen. Uns stellt sich eher die Frage, ob die Einordnung von Tätigkeiten in die einzelnen Besoldungsstufen noch den tatsächlichen Ansprüchen entspricht, die an die Beschäftigten gestellt werden, auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität des Steuerrechts und vor dem Hintergrund der Bezahlung vergleichbarer Tätigkeiten in der freien Wirtschaft.

### 3. Besoldung, Versorgung und Tarifpolitik

#### 3.1 Wird Ihre Partei sich für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung von Tarifiergebnissen auf die Beamtinnen und Beamten einsetzen?



Für die CDU Rheinland-Pfalz ist klar: Wer im öffentlichen Dienst Verantwortung trägt, muss sich darauf verlassen können, dass Tarif- und Besoldungsentwicklung im Gleichklang stehen. Eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten ist für uns Ausdruck von Fairness, Wertschätzung und amtsangemessener Alimentation.

Deshalb haben wir die aktuellen Anpassungen, die das Tarifiergebnis auf die Beamtenschaft übertragen, im Landtag mitgetragen und unterstützen diesen Kurs ausdrücklich. Rheinland-Pfalz darf nicht hinter den Tarifabschlüssen für die Tarifbeschäftigten zurückbleiben – gerade mit Blick auf den zunehmenden Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst.

Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass Tarifiergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden und das Land seiner Verantwortung als verlässlicher und attraktiver Dienstherr gerecht wird.

Seit bereits über einem Jahrzehnt überträgt Rheinland-Pfalz das Tarifiergebnis für die Beschäftigten der Länder

stets zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes. Damit wird sichergestellt, dass auch diese in angemessener Form an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. Wir sind uns als SPD dessen bewusst, dass die Tarifübernahme jedes Mal einen finanziellen Kraftakt für das Land bedeutet. Dennoch ist uns daran gelegen, wo irgend möglich auch in Zukunft an dieser Praxis festzuhalten. Daher werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen.



Ja. Wir GRÜNE haben uns in Rheinland-Pfalz klar dafür eingesetzt, Tarifiergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamt:innen zu übertragen und werden diesen Kurs fortsetzen.



Ja. Wir setzen uns für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung von Tarifiergebnissen auf die Beamtinnen und Beamten ein.



Ja, die Tarifiergebnisse müssen 1:1 umgesetzt werden, eine zeit und wirkungsgleiche systemgerechte Übertragung steht für uns außer Frage.

#### 3.2 Wie stehen Sie zur weiteren Angleichung der Besoldung in Rheinland Pfalz an das Niveau anderer Bundesländer?



Im Vergleich zu anderen Bundesländern steht Rheinland-Pfalz bei der Besoldung häufig schlechter da. Das schwächt unsere Position im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und macht es für junge Menschen oftmals attraktiver, in andere Länder oder in andere Bereiche zu wechseln.

Insbesondere bei der Besoldung, den Einstiegsmöglichkeiten und den Karriereperspektiven muss Rheinland-Pfalz im Ländervergleich konkurrenzfähig sein. Aus Sicht der CDU ist dies nicht nur Ausdruck von Wertschätzung, sondern auch eine zentrale Voraussetzung dafür, dass sich Bewerberinnen und Bewerber für Rheinland-

Pfalz entscheiden und Stellen besetzt werden können – nur so kann die Verwaltung funktionsfähig bleiben.

Deshalb halten wir an unserer Forderung fest, dass sich die Besoldungshöhen in Rheinland-Pfalz perspektivisch im vorderen Drittel im Vergleich mit den anderen Bundesländern befinden müssen. Ziel ist, den öffentlichen Dienst unseres Landes im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern zu stärken und diejenigen, die im Dienst des Landes stehen, eine ihrer Aufgaben angemessene Besoldung zu gewährleisten.



Rheinland-Pfalz bietet insgesamt, auch im Bund-Länder-Vergleich, eine attraktive Besoldung. Auch bei der Eingangsbesoldung nimmt das Land einen Platz im verdichteten Mittelfeld ein. Daher ist der Begriff „Angleichung“ aus unserer Sicht nicht ganz zutreffend. In jedem Fall setzen wir uns aber, wie oben dargestellt, dafür ein, die Besoldung in Rheinland-Pfalz weiter attraktiv zu halten und wo nötig zu verbessern.



In Rheinland-Pfalz haben wir GRÜNE dafür gesorgt, dass wichtige Schritte zur Angleichung der Besoldung an das Niveau anderer Bundesländer unternommen wurden. Diesen

Weg wollen wir fortsetzen, um Abwanderung zu vermeiden und Fachkräfte zu gewinnen. Gleichzeitig ist es erforderlich, dass Besoldungsanpassungen solide finanziert und verfassungskonform ausgestaltet sind. Vor diesem Hintergrund sind die derzeit beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Klagen gegen das Land abzuwarten, insbesondere mit Blick auf das Urteil zur Beamtenbesoldung in Berlin.



Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren im Ländervergleich deutlich aufgeholt. Für uns steht jedoch nicht der Vergleich mit anderen Ländern im Vordergrund, sondern eine faire und verlässliche Besoldung für die Menschen in der Finanzverwaltung.



Unzufriedenheit, wenn nicht gar für eine Abwanderung.

Dies unterstützen wir in vollem Umfang. Auch hier gilt für uns das Prinzip: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Gerade in den Grenzregionen zu anderen Bundesländern sorgen Unterschiede in der Besoldung für

**3.3 Die Pensionen unserer Ruhestandler stehen regelmäßig im Fokus der Presse und werden sehr einseitig mit negativer Zielrichtung mit Renten verglichen. Von Pensionslasten wird gesprochen, statt sich der Pensionsverpflichtung des Dienstherrn bewusst zu werden. Ist Ihre Partei bereit, eine verbindliche Zusage zu geben, dass keine Kürzung angedacht ist?**



Die Debatte um „Pensionslasten“ greift häufig zu kurz. Beamtenpensionen sind keine beliebige Sozialleistung, sondern Teil der verfassungsrechtlich geschützten Alimentation des Berufsbeamtentums. Wer sein Berufsleben lang dem Staat dient, hat Anspruch auf eine verlässliche und amtsangemessene Versorgung im Ruhestand. Eine pauschale Kürzung laufender Pensionen wäre mit diesen Grundsätzen kaum vereinbar und stünde im Widerspruch zum Verständnis des Beamtenverhältnisses als gegenseitige Verpflichtung von Dienstherr und Beamten. Für die CDU Rheinland-Pfalz gilt: An der Verlässlichkeit der Beamtenversorgung darf nicht gerüttelt werden. Eine Kürzung der Pensionen steht für uns nicht zur Debatte.



Rheinland-Pfalz regelt seine Beamtenversorgung verlässlich und vorausschauend. Als SPD sind wir uns deshalb sicher, dass das Land seiner Fürsorgepflicht auch weiterhin gerecht werden wird. Dafür machen wir uns stark.



Zu den Pensionen der Ruhestandsbeamtinnen und -beamten stehen wir klar: Sie sind Ausdruck der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Auf die bestehenden

Verpflichtungen, die das Land eingegangen ist, müssen sich Beamt:innen verlassen.

Grundsätzlich vertreten wir GRÜNE die Position, dass auch Beamt:innen unter Beibehaltung des Alimentationsprinzips perspektivisch in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden sollen. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir eine Bürger:innenversicherung auf Bundesebene unterstützen, um das Zweiklassen-System zu beenden.



Pensionsverpflichtungen sind Verpflichtungen des Dienstherrn. Dazu stehen wir.



In Bezug auf die fehlerhafte Formulierung können wir Ihnen vollumfänglich zustimmen. Wir als Die Linke sind grundsätzlich gegen Kürzungsgedanken, egal ob bei Pension oder Rente, denn auf bisherige Zusagen verlassen sich die Beschäftigten. Darüber hinaus verweisen wir erneut auf unsere Forderung nach einer perspektivischen Einbeziehung von Beamt\*innen in das gesetzliche Rentensystem (solidarische Erwerbstätigenversicherung), selbstverständlich ohne, dass dadurch Ansprüche der Beschäftigten gekürzt werden.

## 4. Arbeitsbelastung und Gesundheitsschutz

### 4.1 Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Arbeitsbelastung verursacht insbesondere durch Stellenabbau der vergangenen Jahre und steigende Aufgaben in der Finanzverwaltung zu reduzieren?



Um die Arbeitsbelastung in der Finanzverwaltung zu senken, reicht es nicht, Verständnis zu zeigen – es braucht klare Weichenstellungen:

- Personal stärken – durch Anerkennung des tatsächlichen Bedarfs, Sicherung bestehender Stellen und, wo erforderlich, gezielten Wiederaufbau.
- Nachwuchs gewinnen – durch gute Einstiegsperspektiven und attraktive Bedingungen für junge Fachkräfte.
- Aufgaben und Verfahren entschlacken –

durch Abbau von Doppelstrukturen, straffere Abläufe und einen stärkeren Fokus auf den Kernauftrag.

- Digitalisierung als Entlastung, nicht als Zusatzbelastung – durch einheitliche, praxistaugliche Systeme, die Abläufe vereinfachen, statt neue Hürden zu schaffen.

Unser Ziel ist eine Finanzverwaltung, die ihre Aufgaben verlässlich und mit hoher Qualität erfüllen kann, ohne dass die Beschäftigten dauerhaft an der Belastungsgrenze arbeiten müssen. Dazu braucht es eine vorausschauende Personalpolitik, schlankere Abläufe und eine Digitalisierung, die den Menschen in der Verwaltung spürbar den Rücken stärkt.



Im Zuge ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit legen die Beschäftigten der Finanzverwaltung eine hohe Einsatzbereitschaft an den Tag. Durch stetige Verbesserung

der Arbeitsbedingungen wollen wir dem gerecht werden. Hierzu zählen – wie oben angesprochen – unter anderem Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Digitalisierung. Beides soll dazu beitragen, den Arbeitsalltag der Beschäftigten zu erleichtern. Hier sind wir noch nicht am Ziel.



Zur Reduzierung der Arbeitsbelastung in der Finanzverwaltung setzen wir auf eine konsequente Digitalisierung und den gezielten Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Gerade

die weiterentwickelte vorausgefüllte Steuererklärung bietet großes Potenzial, Routinetätigkeiten zu reduzieren und Beschäftigte spürbar zu entlasten.

Gleichzeitig müssen die Prioritäten in der Steuerverwaltung klar gesetzt werden: Der Schwerpunkt liegt aus unserer Sicht auf der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und in der Betriebsprüfung. In diesen Bereichen müssen die meisten Beschäftigten eingesetzt werden, um Steuergerechtigkeit wirksam durchzusetzen.



Wir wollen die Anwärterzahlen auf einem hohen Niveau halten, um insbesondere den Innendienst zu stärken. Zudem setzen wir uns für faire Regelungen

gen mit konkurrierenden Bundesbehörden ein, um Abwanderung zu vermeiden.



Wir sehen Arbeitsverdichtung grundsätzlich als Risiko für Psyche und Physis von Beschäftigten und damit auch für die Attraktivität der Tätigkeit. Ggf. kann auch hier KI als Chance gesehen werden

dies zu bewerten und gestalten obliegt jedoch letztlich den gewählten Personalvertretungen. Außerdem wollen wir durch Steuerentlastungen gerade für kleine und mittlere Einkommen auch die Steuerverwaltung entlasten. So wollen wir den einkommensteuerlichen Grundfreibetrag auf 18.600 € anheben, damit die Steuerverwaltung weniger mit Bagatellfällen beschäftigt wird. Die Erbschaftsteuer wollen wir vereinfachen, etwa durch eine Abschaffung von komplizierten und missbrauchsanfälligen Steuergestaltungsmöglichkeiten, etwa bei Betriebsvermögen und der Verschonungsbedarfsprüfung. Und insgesamt wollen wir für eine bessere personelle Ausstattung sorgen statt Stellen abzubauen.

#### 4.2 Wird Ihre Partei höhere Haushaltsansätze zur Verfügung stellen, um Programme zur Stressprävention, Teamentwicklung und betrieblichen Gesundheitsförderung weiter auszubauen?



Maßnahmen zu Stressprävention, Teamentwicklung und betrieblicher Gesundheitsförderung sehen wir als wichtigen Beitrag, um die Leistungsfähigkeit der Beamtinnen und Beamten zu erhalten und zu

stärken. Solche Angebote wollen wir in ihrer Bedeutung weiter hervorheben und bei künftigen Entscheidungen stärker in den Blick nehmen. Ob und in welchem Umfang höhere Haushaltsansätze möglich sind, ist im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen im Gesamtgefüge der finanziellen Spielräume zu entscheiden. Außer Frage steht jedoch: Eine moderne Landesverwaltung braucht auch eine zeitgemäße Gesundheits- und Präventionspolitik für ihre Beschäftigten.



In diesem Bereich hat an vielen Stellen ein Mittelaufwuchs im Rahmen des aktuellen Landeshaushalts stattgefunden.

den. Die genannten Aspekte halten wir im Sinne eines guten Arbeitsumfelds für sehr wichtig. Wir sind uns sicher, dass die SPD-Landtagsfraktion diese Thematik im Zuge der nächsten Haushaltsberatungen genau prüfen wird.



Der Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements war und ist uns GRÜNEN stets ein wichtiges Anliegen. Programme zur Stressprävention, Teamentwicklung und zur

betrieblichen Gesundheitsförderung tragen wesentlich zur Gesundheit und Zufriedenheit der Beschäftigten bei. Deshalb setzen wir uns dafür ein, diese Angebote weiter auszubauen und dafür auch die notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen.



Der Wunsch nach einem weiteren Ausbau solcher Programme ist nachvollziehbar. Die Umsetzung muss jedoch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten über den Landeshaushalt darstellbar sein, was eine Herausforderung bleibt.



Wir werden uns im Parlament allgemein für die nötige finanzielle Ausstattung der Finanzverwaltung sowie der personellen Fördermaßnahmen aussprechen. Wie jede\*r Arbeitgeber\*in ist auch hier der

Dienstherr in in der Fürsorgepflicht für seine/ihre Mitarbeiter\*innen. Zur Unterstützung der Personalaräte empfehlen wir insgesamt die Inanspruchnahme der Beratungsleistungen der „Technischen Beratungsstelle gGmbH“ (TBS) in RLP.

## 5. Zukunft der Finanzämter in der Fläche

### 5.1 Wie steht Ihre Partei zur langfristigen Sicherung kleinerer Finanzämter in der Fläche?



Kleinere Finanzämter sollen aus unserer Sicht grundsätzlich erhalten bleiben und langfristig gesichert werden. Sie stehen für staatliche Präsenz vor Ort, kurze Wege und das Vertrauen der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen

in „ihre“ Verwaltung. Zugleich ist für uns klar: Eine zukunftsfähige Finanzverwaltung muss die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen – etwa durch digitale Verfahren und moderne Arbeitsabläufe, die auch helfen können, den Fachkräftemangel zumindest teilweise abzufedern. Pauschale Schließungsszenarien lehnen wir daher ab. Strukturentscheidungen müssen sorgfältig abgewogen werden und den regionalen Bedarf berücksichtigen. Unser Ziel sind nachhaltige Lösungen, die beides im Blick haben: die Präsenz in der Fläche und eine moderne, leistungsfähige Finanzverwaltung.



Die Behördenstruktur wird von arbeitsorganisatorischen und personalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Hierbei ist aus unserer Sicht die Präsenz in der Fläche und

damit der Service sowie die Nähe zu den Steuerbürgerinnen und Steuerbürgern von besonderer Wichtigkeit. Weiterhin spielen Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei der Gebäudenutzung eine wesentliche Rolle. Auch die Steuerverwaltung sieht sich mit den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert, die der Fachkräftemangel in Zeiten digitaler Veränderungen mit sich bringt. Die Nachwuchsgewinnungsmöglichkeiten wiederum stellen sich regional sehr unterschiedlich dar. Diese Umstände und Herausforderungen treffen auch auf viele andere Bundesländer zu. Wir begrüßen es deshalb, dass Rheinland-Pfalz hierzu in einem stetigen Austausch steht und auch in den entsprechenden Bund-Länder-Gremien strukturelle und arbeitsorganisatorische Lösungsansätze und Strategien erörtert. Insgesamt gilt: Weitreichende Strukturmaßnahmen bedürfen einer umfassenden Prüfung unter Abwägung aller Aspekte und Interessen.



Die Frage wurde nicht beantwortet.



Die Frage wurde nicht beantwortet.



und widerspricht dem allgemeinen Verwaltungszweck.

## 5.2 Plant Ihre Partei Strukturveränderungen oder Zusammenlegungen von Finanzämtern?



Als CDU Rheinland-Pfalz sehen wir derzeit keinen Anlass für großangelegte Fusions- oder Schließungspläne bei den Finanzämtern. Unser Interesse richtet sich darauf, die vorhandenen Strukturen in der

Fläche zu erhalten und so weiterzuentwickeln, dass Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen verlässliche Ansprechstellen vor Ort behalten. Leitplanken sind für uns: Präsenz in der Fläche sichern, Service stärken, Digitalisierung klug nutzen und die Belastung der Beschäftigten im Blick behalten.

Eine flächendeckende Zusammenlegung von Finanzämtern ist nicht unser Ziel. Wo Anpassungen nötig werden, müssen sie sorgfältig begründet, am regionalen Bedarf ausgerichtet und politisch klar verantwortet werden – mit dem Anspruch, die Finanzverwaltung zukunftsfähig zu machen, nicht auszudünnen.



Vor dem oben ausgeführten Hintergrund bestehen derzeit keine konkreten Planungen zu strukturellen Veränderungen der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung in Bezug

auf die Behördenstandorte. Es erscheint uns aber wichtig, die vorgenannten Entwicklungen und die damit einhergehenden Veränderungen und Herausforderungen aufmerksam zu beobachten.



Für uns ist klar, dass Strukturen in der Steuerverwaltung regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden müssen, um auch künftig leistungsfähig zu bleiben. In den vergan-

genen Jahren hat sich durch die elektronische Steuererklärung und den Ausbau mobilen Arbeitens viel verändert. Diese Entwicklungen eröffnen neue Spielräume für Organisation und Arbeitsweisen. Gleichzeitig gilt: Bei allen Überlegungen zu Strukturveränderungen müssen die Beschäftigten mitgenommen werden.



Die Präsenz der Finanzverwaltung in der Fläche ist uns wichtig. Gleichzeitig darf sie nicht unverhältnismäßig zulasten von Effizienz gehen. Wir führen keine parteipolitischen Debatten

über einzelne Standorte, sondern streben eine sachliche Balance zwischen Effizienz und flächendeckender Präsenz an.



Aktuell nicht.

## 6. Gesellschaftliche Wertschätzung

### Wie wollen Sie das öffentliche Bild und die Wertschätzung der Bediensteten in der Finanzverwaltung verbessern?



Für uns drückt sich Wertschätzung für die Bediensteten in der Finanzverwaltung nicht in Sonntagsreden aus, sondern in klaren Entscheidungen und verlässlichen Rahmenbedingungen. Sie

wird ganz konkret bei Besoldung und Eingangssämtern sichtbar, ebenso bei der Frage, wie hoch die tatsächliche Arbeitsbelastung ist. Verantwortung und Qualifikation müssen angemessen vergütet sein, der Personalbedarf realistisch abgebildet werden, und Digitalisierung muss spürbar entlasten. Die Beschäftigten in der Finanzverwaltung sind für uns als CDU keine „Kostenstelle“, sondern ein zentraler Pfeiler staatlicher Handlungsfähigkeit, und sollen auch so behandelt werden.

Das öffentliche Bild der Finanzverwaltung ist leider noch zu oft von Klischees geprägt. Wir wollen diese Wahrnehmung korrigieren und deutlich machen, dass hier diejenigen

arbeiten, die die finanzielle Grundlage für Schulen, Polizei, Infrastruktur und soziale Sicherung legen und für Steuergerechtigkeit sorgen.

Deshalb werden wir den Beitrag der Finanzverwaltung klar hervorheben und uns bewusst gegen die Rolle des „Sündenbocks Verwaltung“ wenden. Zudem wollen wir Formate stärken, in denen sich Finanzämter und ihre Beschäftigten unmittelbar vorstellen können – etwa Informationsangebote für Schulen und Unternehmen, Besuchsprogramme oder thematische Aktionstage. So wird erlebbar, dass hinter der Behörde ansprechbare, engagierte Fachleute stehen.



Wichtig ist hier aus unserer Sicht, dass Politik einen offenen und wertschätzenden Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Finanzverwaltung pflegt und auch Mittel

der öffentlichen Kommunikation dazu nutzt, die Bedeutung und die Arbeit der Finanzverwaltung entsprechend zu würdigen. Daneben geht es wie dargestellt auch darum, die Arbeits- und Rahmenbedingungen der Beschäftigten möglichst attraktiv zu gestalten und weiterzuentwickeln. Denn eine starke Finanzverwaltung ist eine zentrale Säule eines funktionierenden Staates – und für die Menschen in Rheinland-Pfalz direkt spürbar.



Die Beschäftigten der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung sichern die Einnahmen des Landes und sorgen mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit und wirksame Bekämpfung von

Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit.

Wir wollen ihre Leistung stärker sichtbar machen: durch wertschätzende Kommunikation, faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig setzen wir auf die Ausbildung und Gewinnung qualifizierter Fachkräfte. Wir wollen die Hochschule der Finanzen weiterentwickeln und gezielt für den Beruf in der Betriebsprüfung werben, um die Zukunft unserer Steuerverwaltung zu sichern.



Aktionstage wie „Respekt bitte“ leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Anerkennung. Servicecenter wollen wir erhalten, da sie ein zentrales

Kontaktglied zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern sind. Darüber hinaus zeigt sich Wertschätzung ganz konkret in moderner Ausstattung, guten Arbeitsbedingungen und verlässlichen Rahmenbedingungen.



Steuervergünstigungen und Privilegien für Reiche und große Konzerne lassen vergessen, dass Steuern einen wesentlichen Beitrag zur Gerechtigkeit und öffentlichen Versorgung leisten. Die Linke

setzt sich für eine gerechte Steuerpolitik ein, die untere und mittlere Einkommen entlastet und sehr große Vermögen mehr in Verantwortung nimmt. Mit einer klaren gerechten Steuerpolitik wird sich auch das öffentliche Bild der Beschäftigten in der Finanzverwaltung ändern. Zudem fordern wir einen Reichtumsbericht auf Landesebene auch dies wird für klarere Transparenz hinsichtlich Steuergerechtigkeit führen. Für das öffentliche Bild können auch Werbekampagnen dienen, die die Bedeutung des Berufs für ein solidarisches Bestehen von Gesellschaften betonen. Auch Bürger\*innennähe und vereinfachte Abläufe werden einen Beitrag zur Wertschätzung leisten. Siehe auch unsere Antwort zu 2.1.

## 7. Nachhaltigkeit und Klimaschutz

### Welche Investitionen plant Ihre Partei zur Modernisierung und energetischen Sanierung der Behördenstandorte.



Der Sanierungsstau in Rheinland-Pfalz ist enorm – baulich, technisch und energetisch.

Das ist in erster Linie Folge einer Politik, die über Jahre zu wenig in den eigenen Gebäudebestand investiert hat. Bei

den öffentlichen Investitionen zählt Rheinland-Pfalz unter den Flächenländern seit Jahren zu den Schlusslichtern. Das rächt sich spürbar: marode Liegenschaften, hoher Energieverbrauch und damit nicht zuletzt unzeitgemäße Arbeitsbedingungen.

Aus Sicht der CDU Rheinland-Pfalz braucht es deshalb einen klaren Kurswechsel:

- Sanierungsstau systematisch abbauen – durch eine belastbare landesweite Prioritätenliste, beginnend mit besonders sanie-

rungsbedürftigen Gebäuden.

- Energetische Modernisierung vorantreiben – etwa durch bessere Dämmung, moderne Heizungs- und Klimatechnik, Photovoltaik auf Dächern und die Umstellung auf erneuerbare Energien, wo immer möglich.
- Den LBB handlungsfähiger machen – mit ausreichenden Planungskapazitäten, vereinfachten Vergabestrukturen und einer besseren Abstimmung zwischen Ressorts und LBB, damit Mittel nicht nur im Haushaltsplan stehen, sondern auch tatsächlich verbaut werden.
- Beschleunigung von Bau- und Sanierungsvorhaben – zum Beispiel durch standardisierte Bau- und Sanierungsprogramme, gebündelte Ausschreibungen und praxistaugliche Lösungen.

Die Behördenstandorte dürfen nicht länger Symbol für Investitionsversäumnisse sein, sondern müssen Teil einer zukunftsfähigen, klimabewussten und attraktiven Landesverwaltung werden. Dazu braucht es verlässliche Investitionsmittel, klare Prioritäten – und eine Regierung, die Sanierung und energetische Modernisierung nicht als lästige Pflicht, sondern als zentrale Zukunftsaufgabe begreift.



Allein in 2026 befinden sich nach unserer Kenntnis Maßnahmen mit einem investiven Baukosten-Volumen von rund 7 Mio. Euro in Ausführung, Beauftragung oder Planung.

Dem Land kommt eine Vorbildfunktion hinsichtlich Suffizienz und Klimaschutz zu. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land dieser Verantwortung auch weiterhin gerecht wird.



Unser Ziel ist klar: eine klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030. Das ist ambitioniert, aber notwendig, und wir treten entschieden dafür ein.

Aus dem Sondervermögen des Bundes und sich daraus ergebende Förderlinie des Landes stehen rund 340 Millionen Euro für die energetische Gebäudemodernisierung des Landes zur Verfügung. Auch die Standorte der Steuerverwaltung werden davon profitieren. Energieeffiziente Gebäude entlasten langfristig

den Landeshaushalt, verbessern die Arbeitsbedingungen und leisten einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Wir GRÜNE stehen für eine moderne, nachhaltige Verwaltung: leistungsfähig, zukunftsfest und klimaneutral.



Wir stehen grundsätzlich für mehr Investitionen in die rheinland-pfälzische Infrastruktur. Die Landesverwaltung hat sich zur Klimaneutralität verpflichtet – daraus müssen konkrete Maßnahmen folgen. Modernisierung, energetische Sanierung und funktionale Arbeitsplätze wollen wir dabei zusammen denken und schrittweise umsetzen.



Die Investition in energetische Sanierung ist aus unserer Sicht sowohl aus ökologischer wie auch ökonomischer Sicht, geboten. Die Linke steht für einen konsequenten

Klima- und Umweltschutz, für den eine Reduktion von Emissionen unerlässlich ist. Darüber hinaus zeigt nicht zuletzt die Investitionsstudie des DGB, dass Investition in die öffentliche Infrastruktur – zu der auch die Bausubstanz der öffentlichen Hand gehört – eine Rendite erzeugen. Geringere Energiekosten senken zusätzlich und langfristig die Staatsausgaben. Letztlich fördert eine (ergonomische) Modernisierung der Arbeitsplätze in der Verwaltung den Gesundheitsschutz der Beschäftigten und somit die Attraktivität des Arbeitsplatzes. Insgesamt sehen wir ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 20 Milliarden Euro für den ökologischen Aus- und Umbau in die öffentliche Infrastruktur vor.

## DSTG-Landesvorstand tagt in Pirmasens

Der DSTG-Landesverbandsvorstand führte seine diesjährige Jahresabschlussveranstaltung im Finanzamt Pirmasens durch. Im Mittelpunkt der satzungsgemäß vorgesehenen Sitzung stand der Jahresrückblick des Landesvorsitzenden. Höhepunkte waren die Personalratswahlen sowie die durchgeführte Studie zur Mitarbeiterzufriedenheit. Die Personalratswahlen sind für die DSTG sehr gut verlaufen. Man war sich einig, dass dies eine deutliche Rückmeldung für die konsequent gute Arbeit der DSTG ist. Die Wahlbeteiligung lies auch diesmal zu wünschen übrig. Ein Patentrezept, diese zu erhöhen, fanden die Vorstandsmitglieder aber spontan auch nicht. Mangelnde Wahlbeteiligung ist ein gesellschaftliches Phänomen, das regelmäßig zum Tragen kommt. Die Reflektion auf die Studie nahm im Bericht einen großen Raum ein. Nach einer eingehenden Erläuterung des Vorhabens von den stellvertretenden Landesvorsitzenden Sascha Dietz und Markus Stock, die diese Studie organisiert und begleitet hatten, referierte der Landesvorsitzende über die Gespräche mit der Ministerin, dem Präsidenten des LfSt und

den politischen Fraktionen. Die Studie bestätigt den Kurs und die Forderungen der DSTG. Ausgehend von der Tatsache, dass eine deutliche Erhöhung der Attraktivität und bessere Perspektiven in allen Laufbahnen erfolgen müssen, sind in den Gesprächen Möglichkeiten dazu diskutiert worden. Die Landesleitung der DSTG verspricht sich von dem Kurs der Regierung, weitere Funktionsdienstposten zu schaffen, eine gute Möglichkeit mit überschaubaren Mitteln hohe Effizienz zu erzielen. Wichtig ist aber auch das Vorhaben, Beschäftigten in den Jahren des Existenzaufbaus und der Familiengründung mehr Einkommen zu ermöglichen. Dazu gibt es mehrere Konzepte, angefangen von einem kompletten Umbau der Besoldungstabelle bis hin zu noch schnellerem Erreichen höherer Besoldungsstufen. Dies ist möglich, indem die Mindestwartezeiten verringert werden. Mittlerweile ist es Fakt, dass Beförderungen warten müssen, da die Mindestwartezeit noch nicht beendet ist. Die gute Beförderungspraxis der vergangenen Jahre hat dazu geführt. Bayer lobte in diesem Zusammenhang den konsequent guten Kurs der Regierung.

Allerdings wies er darauf hin, dass dieser Kurs nicht zwingend ein Selbstläufer ist, sondern von der DSTG in jahrelanger Vorarbeit und mit kontinuierlicher Begleitung erreicht wurde. Er verwies auf Zeiten, in denen es einem Staatsgeheimnis glich, ob im nächsten Jahr überhaupt Beförderungen stattfinden. Bezüglich Beförderungen hat sich in der Entwicklung unwahrscheinlich viel getan. „Wir bewegen uns momentan auf einer gut ausgebauten Straße, auf der wir nun noch die Geschwindigkeitsbeschränkung lockern müssen“, so Bayer.

Großes Thema zur Sitzung war der Bericht des stellvertretenden Landesvorsitzenden und Tarifspezialisten Jens Vernia über die laufenden Tarifverhandlungen und sich evtl. daraus ergebende Aktionen der Gewerkschaft.

Nachdem die Termine des nächsten Jahres abgestimmt waren, berichtete der Landesvorsitzende in Vertretung für die stellvertretende Landesvorsitzende Claudia Rüdell, zuständig für die Planung und Durchführung von Seminaren, über die durchgeführten Grundlagenseminare für Personalratsmitglieder. Über 100 neue Personalräte wurden in mehreren Seminaren geschult, eine beachtliche Leistung der DSTG! Im nächsten Jahr sollen insbesondere Aufbauseminare angeboten werden.

Ausgiebig wurden auch Rechtsschutzfälle vom Justiziar Carsten Pelzer vorgetragen. So führt die DSTG eine Klage hinsichtlich der Gewährung der Inflationsausgleichsprämie in Elternzeit. Zur mündlichen Verhandlung am 17.12.2025 wird die DSTG mit Vertretern beim Verwaltungsgericht Neustadt/Wstr. anwesend sein. Die Delegierten diskutierten über die alljährlich zum Jahresende zu treffende Entscheidung, Widerspruch hinsichtlich amtsangemessener Alimentation einzulegen. Leider verfolgt das Ministerium seit vielen Jahren den Kurs, keine Musterklage mit Ruhendstellung der anhängigen Widersprüche anzustreben. Der einzelne muss selbst klagen. Dies macht nur Sinn, wenn dies von einer Rechtsschutzversicherung abgedeckt ist. Der Vorstand beschloss, alle Mitglieder aufzurufen Widerspruch einzulegen. Im Anschluss fordert die DSTG das Ministerium auf, einen fürsorglichen Kurs einzuschlagen, indem eine Musterklage unter Ruhendstellung aller Widersprüche geführt wird. So war es vor langer Zeit üblich. Was die anhängigen Verfahren angeht, muss man abwarten, ob die Urteilsverkündung in Berlin Be-

wegung in die Erledigung von ca. 70 Verfahren beim Bundesverfassungsgericht bringt.

Im Rahmen der Landesverbandsvorstandssitzung wurde Oliver Schiffer, langjähriger Vertreter des 4. Einstiegsamts verabschiedet. Kollege Schiffer wechselte von geraumer Zeit zur ADD. In den Abschiedsworten würdigte der Landesvorsitzende die Arbeit und die tief verankerte gewerkschaftliche Verbundenheit. Oliver Schiffer bedankte sich für die schöne Zeit beim DSTG-Vorstand. Nach seinen Worten genoss er das gute Miteinander und die Verbundenheit bei gewerkschaftlichen Aktionen. Er wird der DSTG treu bleiben. Ihm folgt Tobias Witz, der seine Aufgaben im Vorstand übernimmt.

Ein Höhepunkt der Sitzung waren Ehrungen für Mitglieder des Landesvorstandes. So wurden für 25 Jahre Mitgliedschaft Rita Sauerborn, Johanna Mieder und Markus Stock geehrt. Die Urkunde für 40 Jahre Mitgliedschaft konnte der Landesvorsitzenden Claudia Rüdell leider nicht ausgehändigt werden, da sie verhindert war. Dies wird bei nächster Gelegenheit nachgeholt.



*geehrt für 25-jährige Mitgliedschaft - Markus Stock, Rita Sauerborn und Johanna Mieder*

Nach Tätigkeitsberichten der Querschnittsorganisationen Jugend, Frauen und Ruheständler, konnte die Landesleitung mit den Vorstandsmitgliedern auf eine inhaltlich hochwertige Vorstandssitzung zurückblicken.

Besonderer Dank ging an Dominik Weidler und dessen Amtsleiter Carsten Pelzer, für die Gastfreundschaft und die Bereitstellung des Sitzungsraumes. Mit den besten Wünschen verabschiedete Landesvorsitzender Stefan Bayer das Gremium. Im neuen Jahr geht es gleich mit Hochdruck weiter.

# Verwaltungsgericht Neustadt stärkt Bildungsfreistellung: Ein Sieg für die berufliche Entwicklung in der Finanzverwaltung

Das Verwaltungsgericht (VG) Neustadt an der Weinstraße hat mit einem aktuellen Urteil (Az. 1 K 1162/24.NW) ein wichtiges Signal für alle Beamten und Beschäftigten in Rheinland-Pfalz gesetzt. Die Entscheidung stellt klar: Der Anspruch auf Bildungsfreistellung ist ein starkes Recht, das vom Dienstherrn nicht durch eine zu enge Auslegung des „Berufsbezugs“ ausgehöhlt werden darf.

## Weite Auslegung des Berufsbezugs – Vorteil für die Zukunft

Zentraler Punkt des Urteils ist die Interpretation des § 3 Abs. 2 BFG. Das Gericht stellt unmissverständlich fest, dass berufliche Weiterbildung weit zu fassen ist:

- Keine Beschränkung auf den aktuellen Posten: Eine Maßnahme muss nicht zwingend unmittelbar für die aktuell ausgeübte Tätigkeit erforderlich sein.
- Mittelbarer Nutzen genügt: Es reicht aus, wenn die Inhalte im beruflichen Kontext objektiv nutzbringend eingesetzt werden können oder die langfristige berufliche Entwicklung fördern.
- Förderung der Verwendbarkeit: Gerade im Beamtenverhältnis mit seiner lebenslangen Bindung dient Bildungsfreistellung auch der Personalentwicklung und der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit (Mobilitätsförderung).
- Schlüsselqualifikationen: Auch die Vermittlung von Orientierungswissen und grundlegenden Fähigkeiten stellt einen greifbaren Vorteil für den Dienstherrn dar, da sie die Basis für höherwertige Qualifikationen bilden oder Arbeitsabläufe effizienter machen.
- Ministerielle Anerkennung als starke Indizwirkung

Das Gericht betont zudem die Bedeutung der staatlichen Anerkennung einer Veranstaltung

nach § 7 BFG. Wenn das zuständige Ministerium eine Maßnahme geprüft und zugelassen hat, streitet eine tatsächliche Vermutung dafür, dass die gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind.

Pauschalen Ablehnungen mit dem Verweis auf einen angeblichen „Freizeitcharakter“ der Veranstaltung erteilte das Gericht eine Absage. Dass jede Bildungsmaßnahme durch die Unterbrechung des Arbeitsalltags auch einen gewissen Erholungswert besitzt, ist unvermeidbar und vom Gesetzgeber bewusst in Kauf genommen worden. Solange der Kern der Veranstaltung – etwa durch einen straffen Lehrplan von 30 Wochenstunden – auf Bildung ausgerichtet ist, bleiben begleitende Rahmenangebote unschädlich.

## Fazit für unsere Mitglieder

Dieses Urteil ist ein Erfolg für alle Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung. Es bestätigt, dass Bildungsfreistellung kein „Gnadenakt“ des Dienstherrn ist, sondern ein echter Rechtsanspruch zur Teilnahme an anerkannten Weiterbildungsmaßnahmen im Umfang von zehn Arbeitstagen innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren.

Für die Praxis bedeutet dies: Lassen Sie sich bei Anträgen auf Bildungsfreistellung (z. B. für Sprachkurse) nicht durch pauschale Verweise auf fehlende unmittelbare Notwendigkeit auf Ihrem aktuellen Dienstposten, durch pauschale Erwägungen zum fehlenden Berufsbezug oder angeblichem Freizeitwert abwimmeln. Die Rechtslage ist durch das VG Neustadt deutlich zugunsten einer modernen Personalentwicklung gestärkt worden.

Haben Sie Fragen zu Ihrem Anspruch auf Bildungsfreistellung? Sprechen Sie Ihren DSTG-Ortsverband, Personalrat oder die DSTG-Landesleitung an!



## Für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen **EXKLUSIVE VORTEILE**

**Dank Club-Mitgliedschaft stehen Ihnen dauerhaft neue und attraktive Angebote zur Verfügung.**

Einfach das Registrierformular unter [dbb-vorteilswelt.de/register](https://dbb-vorteilswelt.de/register) ausfüllen und die Club-Mitgliedschaft per E-Mail aktivieren.

### **Willkommen im dbb vorteilsClub!**

- ✓ **Shopping- und Erlebnisangebote in über 350 Markenshops**
- ✓ **Newsletter: Keine Mitgliedervorteile verpassen**
- ✓ **dbb autoabo: Das flexible Mobilitätskonzept**

### **SHOPPING- UND ERLEBNISRABATTE**

bis zu **20% RABATT**

**home24**

bis zu **20% RABATT**

**adidas**

bis zu **28% RABATT**

**CHRIST**  
seit 1863

Stand: 14. Januar 2026, Angebote freibleibend

### **Einfach sorgenfrei Auto fahren**

**dbb autoabo**  
powered by FINN



z.B. TOYOTA  
COROLLA TOURING  
SPORTS ab  
**211€<sup>1</sup>**  
pro Monat inkl. MwSt.



**dbb-Mitglieder und Angehörige sparen**  
8% Preisnachlass auf die Monatsrate



**Rundum-Sorglos-Paket**  
Alles inklusive: Versicherung, Steuer und TÜV zum monatlichen Fixpreis.



**Bequeme Lieferung:**  
Direkt an deine Haustür zum Wunschdatum.



**Flexible Laufzeiten**  
Wähle zwischen 6 und 24 Monaten.



### **WECHSELPILOT**

#### **Nie wieder zu viel für Energie bezahlen!**

Jedes Jahr Strom- und Gaskosten sparen – ohne Hin und Her mit dem Energieanbieter. Der Service von WechseLPilot wechselt automatisch für Sie jedes Jahr in den besten Tarif und kümmert sich um Ihren Strom- und Gasvertrag.

- ✓ **Unverbindlich Tarifvorschlag anfordern**
- ✓ **Strenger Anbietercheck durch Energieexperten**
- ✓ **Faire Servicegebühr: aber nur, wenn Sie durch den Wechsel sparen**

**CASHBACK<sup>2</sup>**  
**25€**  
Für Club-Mitglieder

<sup>1</sup> Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. einer Bereitstellungsgebühr i.H.v. 1.500 €. Diese kann entweder einmalig bei der Fahrzeugübergabe oder in monatlichen Raten bezahlt werden. Die Liefergebühr beträgt 299 € bei der Erstbuchung. Bei Folgebuchungen des laufenden Abos spart man die Liefergebühr. In der ausgewiesenen Monatsrate von 211 € ist der Rabatt für Mitglieder im dbb vorteilsClub berücksichtigt. Preisänderungen vorbehalten. <sup>2</sup>Nur für Mitglieder des dbb vorteilsClub. Der Cashback wird nach einem erfolgreichem Vertragsabschluss als einmalige Überweisung auf das angegebene Bankkonto gutgeschrieben (Dauer: ca. 4-6 Wochen). Stand: 14.01.2026



**[dbb-vorteilswelt.de/club](https://dbb-vorteilswelt.de/club)**

## Mitgliederversammlung des DSTG Ortsverbands Kaiserslautern

Am Nachmittag des 20.11.2025 fand die Mitgliederversammlung des DSTG Ortsverbandes Kaiserslautern statt. 72 Mitglieder, die Vorstandschaft nicht eingeschlossen, versammelten sich in der Kantine des Finanzamts, um sich über die Aktivitäten der Gewerkschaft zu informieren und das vergangene Jahr abzuschließen.



Die OV-Vorsitzende Tatjana Dollitz begrüßte die Anwesenden, worunter sich erfreulicherweise auch einige Pensionäre befanden, und bedankte sich bei den Mitgliedern für das zahlreiche Erscheinen und die Aktivität im Ortsverband. Sie betonte, dass die gut gefüllte Kantine ein deut-

liches Zeichen für das Interesse der Mitglieder und deren Aktivität sei und dass sie auf eine gleichermaßen große Unterstützung bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen hoffe.

Nach ausführlichen Berichten der Vorstandschaft, in denen es sowohl um die finanzielle Situation, als auch die Events und Pläne des Ortsverbandes ging, wurde die Vorstandschaft von den anwesenden Mitgliedern entlastet.

Die Vorstandschaft möchte sich auch hier nochmals für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken!

Stefan Bayer berichtete im Anschluss über die Tätigkeit des Landesverbands. In einem kurzweiligen Bericht wurden sowohl die Ereignisse des vergangenen Jahres, als auch die geplanten Termine und Aktionen der nächsten Wochen und Monate bekanntgegeben. Die PersBB, die aktuelle Personalsituation und –verplanung und anstehende Änderungen bezüglich des Trennungsgeldes und der Beihilferegelungen bei Ehegatten wurden thematisiert. Der für alle interessanteste Punkt waren wohl die bevorstehenden Tarifverhandlungen und die erst wenige Tage zuvor bekanntgegebene Forderung.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden verdiente Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt:

40 Jahre: Michael Scherer



50 Jahre: Franz Halfmann, Lilli Köhn,  
Rainer Piontkowski, Elfriede  
Rahm, Alfred Scherer  
60 Jahre: Rosemarie Häußler, Ingeborg  
Müller, Hans-Werner Müller,  
Helmut Schütt, Hans Vögler

Die Ehrung der abwesenden Mitglieder wird selbstverständlich zeitnah nachgeholt!

Nach Überreichung der Urkunden und Präsenten bedankte sich die Ortsverbandvorsitzende Tatjana Dollitz bei allen Anwesenden für ihre Unterstützung und beendet die Mitgliederversammlung. Im Anschluss daran wurde das Buffet, welches auch in diesem Jahr von der Vorstandschaft gestaltet wurde, eröffnet und es ergab sich die Möglichkeit in gemütlicher Runde beisammen zu sitzen.

## Glühweinaktion des OV Bad Kreuznach

Am Freitag, den 12.12.2025 trafen sich viele MitstreiterInnen des Ortsverbandes nach der alljährlichen Tannenbaumaktion des FA KH zum gemeinsamen Glühweintrinken auf dem ansässigen Nikolausmarkt.

Bei mildem Winterwetter tauschten sich alle in

gemütlicher Atmosphäre über die unterschiedlichsten Themen aus. Nebenbei wärmte man sich bei einem leckeren Glühwein auf.

So konnte zusammen ein schöner Nachmittag und Abend verbracht und die Gemeinschaft auch stellenübergreifend gestärkt werden.





DSTG RLP – Luxemburger Str. 3 - 67657 Kaiserslautern

Frau Staatsministerin  
Doris Ahnen  
Ministerium der Finanzen  
Kaiser-Friedrich-Str. 5

55116 Mainz

Luxemburger Straße 3  
67657 Kaiserslautern

Telefon: (0631) 3609 288  
Telefax: (0631) 3609 289

Internet: [www.dstg-rlp.de](http://www.dstg-rlp.de)  
E-Mail: [info@dstg-rlp.de](mailto:info@dstg-rlp.de)

12.01.2026

## **Widersprüche 2025 hinsichtlich amtsangemessener Alimentation**

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Ahnen,

ich hoffe, Sie sind gut ins Jahr 2026 gestartet und finden die nötige Energie, um auch in diesem Jahr die wichtigen Herausforderungen in der Finanzverwaltung erfolgreich zu meistern - gemeinsam mit der DSTG Rheinland-Pfalz.

Ein Thema, das uns als DSTG ganz besonders am Herzen liegt, ist naturgemäß die Angemessenheit der Alimentation der Kolleginnen und Kollegen. Nach wie vor ist in Rheinland-Pfalz die Verfassungsmäßigkeit der amtsangemessenen Alimentation rechtlich nicht geklärt. Vor 2017 wurden Klagen im Rahmen von Musterklageverfahren ruhend gestellt. Dies war eine fürsorgliche Handhabung des Dienstherrn. Leider hat sich die Verfahrensweise seit 2017 verändert. Ab 2017 ist man seitens des Dienstherrn nicht mehr zum Abschluss einer Musterprozessvereinbarung bereit und lehnt in Sachen amtsangemessene Alimentation verfahrensvereinfachende Lösungen ab. Deshalb muss individuell geklagt werden.

Die DSTG hat diese Verfahrensweise seitdem kritisiert und Sie aufgefordert, wieder zu dem alten, fürsorglichen Verfahren zurückzukehren. Bisher leider ohne Einsicht, ohne Erfolg. Wenn man sich sicher ist, dass die Höhe der Besoldung verfassungskonform ist, müsste eine Musterprozessvereinbarung doch unproblematisch sein.

Motiviert durch die wegweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung und amtsangemessenen Alimentation der Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin, in der durch das Gericht klare Maßstäbe für die verfassungsrechtliche Prüfung der Alimentation gesetzt wurden, hat sich die DSTG Rheinland-Pfalz - wie auch weitere Fachgewerkschaften des dbb rlp - dazu entschieden, die Mitglieder zu motivieren Widerspruch gegen die Besoldung 2025 einzulegen.

- 2 -

Unsere Kolleginnen und Kollegen sehnen sich nach einer Lösung die es ermöglicht, die offenen Fragen zur amtsangemessenen Alimentation effizient und gerecht zu klären. Aus diesem Grund fordert die DSTG Rheinland-Pfalz erneut die Wiedereinführung einer Musterprozessvereinbarung, die für alle Beteiligten eine transparente und gerechte Lösung sicherstellen würde.

Über eine positive Rückmeldung, die nicht nur für uns als Gewerkschaft, sondern vor allem für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen von großer wertschätzender Bedeutung wäre, würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Bayer  
Landesvorsitzender

## OV Kaiserslautern besucht den Weihnachtsmarkt

Am Mittwoch, den 03.12.2025 fand im Ortsverband Kaiserslautern der jährliche Weihnachtsmarktbesuch statt. Mit 19 Kolleginnen und Kollegen ging es nach Dienstschluss auf den städtischen Weihnachtsmarkt, um mit Glühwein

und Kinderpusch gemeinsam die Weihnachtszeit einzuläuten. Die Veranstaltung bot die Möglichkeit auch stellenübergreifend miteinander in Kontakt zu kommen und diente als schöner Jahresabschluss.



# Überblick zum Anspruch auf Vaterschaftsurlaub / auf Freistellung für gleichgestellte zweite Elternteile:

Bis zum 31. Dezember 2026 ist es möglich, Anspruch auf Vaterschaftsurlaub rückwirkend ins Jahr 2023 zu stellen. Aufgrund der Vielzahl der Nachfragen zu diesem Thema, gibt dieser Artikel einen Überblick mit allen relevanten Informationen:

## Worum geht's?

In Artikel 4 Absatz 1 Satz 1 der sog. EU-Vereinbarkeitsrichtlinie vom 20.06.2019 ist die grundsätzliche Verpflichtung für die EU-Mitgliedsstaaten normiert, einen 10-tägigen Vaterschaftsurlaub zu gewähren. Ein solcher unbedingter Freistellungsanspruch für Väter bzw. Partner / Partnerinnen (d. h. im Sinne der Richtlinie nach nationalem Recht anerkannt gleichgestellte zweite Elternteile) ist in Deutschland bislang nicht umgesetzt worden. Die Bundesregierung vertritt hierzu die Auffassung, dass nach der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie keine Verpflichtung für Deutschland bestehe, eine Partnerfreistellung einzuführen, da umfassende Regelungen zur Elternzeit (hinsichtlich der Freistellung) und Elterngeld (hinsichtlich der Vergütung) gegeben seien.

Diese Auslegung ist umstritten. So hat im September das Verwaltungsgericht Köln einem Bundesbeamten unmittelbar aus der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie einen Anspruch auf vergüteten Vaterschaftsurlaub anlässlich der Geburt seines Kindes zugesprochen. Begründet wurde dies u. a. damit, dass Deutschland seiner Verpflichtung, die EU-Vereinbarkeitsrichtlinie bis zum 02.08.2022 umzusetzen, nicht nachgekommen sei.

## Bewertung und Handlungsempfehlung des dbb

Wegen des Grundsatzes der haushaltsnahen Geltendmachung (Rechtsgedanke aus § 839 BGB: kein „dulde und liquidiere“) ist vorab festzustellen, dass für die Beamtinnen und Beamten, die in den Haushaltsjahren 2023, 2024 und



2025 keinerlei Freistellung bzw. Erholungsurlaub aufgrund der Geburt ihres Kindes beantragt bzw. auch nicht gerügt haben, dass keine Freistellung seitens des Dienstherrn erfolgt und keine bzw. nur sehr geringe Erfolgsaussichten bei einer rückwirkenden Geltendmachung, gesehen werden.

Den Beamtinnen und Beamten, denen in den Haushaltsjahren 2023, 2024 und 2025 eine Freistellung oder Erholungsurlaub aufgrund der Geburt ihres Kindes bewilligt worden ist bzw. die gerügt haben, dass keine Freistellung seitens des Dienstherrn erfolgt, empfehlen wir, bei ihrer zuständigen Personalstelle geltend zu machen, dass ihnen die Freistellung bzw. der Erholungsurlaub bis zu 10 Tagen rückwirkend gutschrieben wird (Umdeutung).

Allgemein ist zu beachten: Wurde anlässlich der Geburt bereits Sonderurlaub aufgrund der jeweils einschlägigen Vorschriften (beim Bund beispielsweise geregelt in § 21 Abs. 1 Nr. 1 Sonderurlaubsverordnung – Urlaub aus persönlichen Anlässen) gewährt, ist dieser von dem zu beantragenden 10-tägigen Vaterschaftsurlaub abzuziehen.

Gegenüber dem Dienstherrn sollte die Bitte geäußert werden, bis zu einer obergerichtlichen Entscheidung das Widerspruchsverfahren ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und dies entsprechend schriftlich zu bestätigen.

## Regelungen für zukünftige Geburten

Werdenden Vätern bzw. gleichgestellten zweiten Elternteilen wird empfohlen, für die Zeit ab der Geburt einen Antrag auf Bewilligung der 10-tägigen Freistellung zu stellen; hilfsweise sollte Erholungsurlaub beantragt werden. Gegen die Ablehnung des Vaterschaftsurlaubs sollte Widerspruch eingelegt werden mit der Bitte, bis zu

einer obergerichtlichen Entscheidung das Widerspruchsverfahren ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und dies entsprechend schriftlich zu bestätigen.

Das Thema wird weiter politisch intensiv weiterverfolgt; über den Fortgang wird berichtet die DSTG im Klartext berichten. Ein passender Musterantrag findet sich in unserer App.

## Einkommensrunde der Länder - Mahnwache vor dem Bundesrat

Am Rande der Finanzministerkonferenz fand am 15.01.2025 vor dem Bundesrat in Berlin eine Demonstration der DSTG statt. Mit der Aktion machten die Beschäftigten der Steuerverwaltungen auf ihre Forderungen im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen aufmerksam. Ziel der

Kundgebung war es, den Finanzministerinnen und Finanzministern der Länder die Bedeutung fairer Tarifabschlüsse für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst deutlich zu machen. Finanzministerin Doris Ahnen besuchte die Delegation aus Rheinland-Pfalz.



## Fortbildung - Vor dem Ruhestand, nach dem Job - in der Sportschule Oberwerth

Am 24. und 25. November 2025 fand erstmals eine Fortbildung für Kolleginnen und Kollegen statt, die zeitnah in den Ruhestand gehen werden. Das Seminar, das bereits seit mehreren Jahren Bestandteil im Fortbildungsangebot der Finanzverwaltung ist, konnte in der Vergangenheit aus haushalterischen Gründen noch kein einziges Mal durchgeführt werden.

Der Vorsitzende der DSTG-Landesseniorenvertretung, Peter Leismann, der als Mitglied des Bezirkspersonalrats in zwei Arbeitsgruppen auch die Interessen der älteren Menschen in der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung vertritt, hatte diesen Umstand mehrfach kritisiert, zuletzt in einer Arbeitsgruppe zur lebensphasenorientierten Personalpolitik, die sich ebenfalls um die Anliegen dieses Personenkreises kümmern soll. Die Fortbildung, die laut Ausschreibung grundsätzlich für Beschäftigte, die 2 – 4 Jahre vor dem Ruhestand stehen, angeboten wird, war innerhalb kürzester Zeit ausgebucht. Leismann, der noch etwas länger bis zu seiner Pensionierung hat, durfte trotzdem dabei sein, nicht zuletzt, um unseren Mitgliedern als Multiplikator und Ratgeber zur Seite zu stehen. Der Dozent, ein ehemaliger leitender Mitarbeiter von Siemens, vermittelte den ca. 20 Teilnehmenden an den beiden Tagen anschaulich, warum eine frühzeitige Bestandsaufnahme des bisher Erreichten und die Konkretisierung von Zielen für den Ruhestand ganz wichtige Parameter für ein glückliches weiteres Leben sein können. Insbesondere wurden die individuelle Altersversorgung, die mentale Vorbereitung auf den Ruhestand und eine Reflektion des bisherigen Berufslebens einschließlich einer Situationsanalyse besprochen. Zum Abschluss ging es für die Teilnehmenden schließlich darum, neue Ziele und Lebensinhalte zu definieren bzw. Bewährtes beizubehalten. Auch die nicht nur für ältere Menschen wichtigen Themen Vollmachten und digitales Erbe wurden behandelt.



Die Lehrgangsteilnehmer waren sich einig, dass das Seminar eine sinnvolle Ergänzung des Fortbildungskatalogs im Bereich der nichtsteuerlichen Themen darstellt und man allen Interessierten eine Teilnahme guten Gewissens weiterempfehlen kann.

Die DSTG-Landesseniorenvertretung überlegt indes, eine Veranstaltung mit ähnlichen Inhalten selbst anzubieten, da die Warteliste für die oben genannte Veranstaltung noch lang sein dürfte. Falls es also Mitglieder gibt, die an einer solchen DSTG-Veranstaltung interessiert sind, dürfen sich diese – gerne auch mit eigenen Themenwünschen – an die Seniorenvertretung wenden!

Wir freuen uns auf entsprechende Rückmeldungen!

(E-Mail-Kontakt der Landesseniorenvertretung: [peter-leismann@dstg-rlp.de](mailto:peter-leismann@dstg-rlp.de) oder 06381/9967-21004).

|                          |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
|--------------------------|---|--------------------------|---------------------|---|---|-------------------------|---------------------------|---|----------------------------|---|---|---------------------|--------------------|--------------------|--------------------------|---|--------------------------|---------------|
| dünnes Blättchen         | ▼ | offizieller Ratgeber     | Erbfaktor           | ▼ | ▼ | alt-griechisches Gewand | Kurort in der Schweiz     | ▼ | span.-portug. Prinzentitel | ▼ | ▼ | Storch in der Fabel | Rufname Walesas    | ▼                  | Fragewort                | ▼ | dünner Wasserschwall     | Westafrikaner |
| Verteidigung             | ▶ |                          |                     |   |   |                         | sommerliche Fußbekleidung | ▶ |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| unverletzt               |   |                          | afrikanischer Strom | ▶ |   |                         | ungar. Stadt an der Donau |   | Teil eines Tierkleids      | ▶ |   |                     |                    |                    | Hahnenfußgewächs         |   | Kfz-Z. Amberg            |               |
| ▶                        | E |                          |                     |   |   |                         | zunächs                   |   |                            |   |   |                     | Fremdwortteil: mit |                    | niederl. Stadt (Den ...) |   |                          |               |
| Kfz-Z. Lahr              | ▶ |                          | Fragewort           | ▶ |   |                         |                           |   | Postversandart             | ▶ |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         | kuban. Staatsmann         | ▶ |                            |   |   |                     |                    | Meeres-säugtier    |                          |   | Provinz in Nordirland    |               |
| flache breiige Masse     |   |                          | Kapsel              |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    | Maßband-einteilung |                          |   | Ausdruck d. Überraschung |               |
| Wohnungswechsel          |   | griech. Schicksalsgöttin | Abk.: Hauptkasse    | ▶ |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| Werkzeug zum Holzglätten |   |                          | unnötige Wegstrecke | ▶ |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| Verbrennungs-rückstand   | ▶ |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| französisch: Seele       | ▶ |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| Schiffsanlegeplatz       |   | Großherzog-keit          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| Männername               |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| im Dienst wirken         |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| straff                   |   | ein Waldstück abholzen   |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| beinlose Insekten-larve  |   | zu dem Zeitpunkt         |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| ▶                        |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
| Ruf beim Stierkampf      |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |
|                          |   |                          |                     |   |   |                         |                           |   |                            |   |   |                     |                    |                    |                          |   |                          |               |

**Unter allen Einsendern verlosen wir diesen Monat einen Wunschgutschein im Wert von 25 €!**

Das gesuchte Lösungswort senden Sie bitte mit Angabe Ihres Namens, der Anschrift und des Ortsverbandes per E-Mail an:

**des-raetsels-loesung@dstg-rlp.de**

oder per Postkarte an:

DSTG Rheinland-Pfalz, Luxemburger Str. 3,  
67657 Kaiserslautern

**Einsendeschluss ist der 31.03.2026**

Gewinner und Lösung werden in einer der nächsten Ausgaben bekanntgegeben.

Teilnahmeberechtigt sind alle DSTG-Mitglieder aus Rheinland-Pfalz. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



|   |   |   |   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|



dbb  
vorsorgewerk

Mission Eigenheim

Beste Beratung

Top-Kondition



Exklusiv für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen

## Baufinanzierung mit unserem besten BBBank-Zins.

Die Investition in eine Immobilie ist ein großer Schritt und gleichzeitig eine sichere Geldanlage. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk ermittelt die BBBank für Sie ein persönliches Angebot mit dem besten BBBank-Zins, der zu Ihnen und Ihrer Wunschimmobilie passt.

INFOS HIER!



[dbb-vorteilswelt.de/me2](https://dbb-vorteilswelt.de/me2)

**BB** Bank  
Better Banking